

# 10 Flucht und Migration als Menschenrecht durchsetzen

## Fragen des VEN an die Parteien:

- 1 Welche Anstrengungen werden Sie unternehmen, das Menschenrecht auf Asyl in Deutschland und der Europäischen Union umzusetzen?
- 2 Setzen Sie sich für legale Migrationswege ein?
- 3 Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Situationen in den Herkunftsländern der Geflüchteten nachhaltig zu verbessern?

## Das sagen die Parteien (Zusammenfassung):

Die **SPD** setzt sich dafür ein, dass durch gezielte Entwicklungszusammenarbeit die Situationen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge verbessert werden. Sie sieht in dem wirkungsvollen Einsatz von FRONTEX an den Außengrenzen der EU einen Beitrag für mehr Sicherheit in Niedersachsen.

**Bündnis 90/Die Grünen** wollen ein Europa als einheitlichen Schutzraum mit legalen und sicheren Zugangsmöglichkeiten, etwa durch Kontingente bei der Aufnahme von Geflüchteten. Sie setzen sich für ein Einwanderungsgesetz ein, das nicht nur auf ökonomische Interessen ausgerichtet ist. Um Flucht zu bekämpfen, soll eine kohärente Politik die strukturellen Ursachen beheben. Rüstungsexporte in Krisengebiete sollen gestoppt werden.

Die **CDU** setzt auf Entwicklungszusammenarbeit als Fluchtursachenbekämpfung. Sie wirkt auf die menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen nahe der Heimat hin. Sie möchte eine klug gesteuerte und begrenzte Einwanderungspolitik für Fachkräfte und hierfür ein Zuwanderungsgesetz.

Die **FDP** lehnt Obergrenzen bei der Gewährung von Asyl ab. Sie will einen fairen Schlüssel für die Verteilung von Flüchtlingen in Europa und ein geordnetes Einwanderungsrecht. Die **FDP** möchte Konflikte, Armut, Hunger und fehlende Rechtsstaatlichkeit vor Ort bekämpfen. Um Menschen die lebensgefährliche Flucht zu ersparen, sollen Asylanträge bereits im Ausland gestellt werden können.

## Die Parteien im Wortlaut:

### SPD

Das Ausländerrecht der Bundesrepublik Deutschland umfasst die Bestimmungen über die Einreise und den Aufenthalt von Menschen, die nicht im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit sind. Wesentliche gesetzliche Grundlage bildet das seit dem 01. Januar 2005 geltende Aufenthaltsgesetz, das in erster Linie den Zweck der Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung verfolgt, sowie die hierauf erlassenen Rechtsverordnungen (insbesondere die Aufenthaltsverordnung und die Beschäftigungsverordnung).

Das Aufenthaltsgesetz regelt neben der Einreise und dem Aufenthalt von Staatsangehörigen aus Staaten außerhalb der Europäischen Union (Drittstaatsangehörige) ebenfalls ihren Zugang zu Ausbildungsmaßnahmen sowie zur Erwerbstätigkeit. Es beinhaltet die gesetzliche Verankerung von Integrationsmaßnahmen für Zuwanderinnen und Zuwanderer, die sich dauerhaft in Deutschland aufhalten. Darüber hinaus ging mit diesem Gesetz eine Neugestaltung der bislang bestehenden Aufenthaltstitel einher.

Mit Beschluss des europäischen Rates für Justiz und Inneres aus Oktober 2015 hat die EU entschieden, die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX im Rahmen des von ihr koordinierten Einsatzes an den EU-Außengrenzen personell zu unterstützen und deren Tätigkeiten in den sog. „Hot Spots“ mit dem Ziel der Optimierung der organisierten, geordneten und kanalisierten Zuführung von Flüchtlingsströmen in den EU - Raum auszuweiten. Hierzu sollen FRONTEX insgesamt 775 zusätzliche europäische Polizistinnen und Polizisten sowie Sprachmittlerinnen und Sprachmittler zur Verfügung gestellt werden. Ein wirkungsvoller Einsatz an den Außengrenzen der EU ist auch ein Beitrag für mehr Sicherheit in Niedersachsen.

Es ist unabdingbar, dass die Situation auch in den Herkunftsländern verbessert wird. Insbesondere die Bundesebene ist gefragt, mit gezielter Entwicklungszusammenarbeit Schwerpunkte zu setzen. Wir werden uns weiterhin für die Verbesserung der Situation auch in den Herkunftsländern einsetzen.

### Bündnis 90/Die Grünen

**Antwort 1:** Wir GRÜNEN setzen uns für ein solidarisches Europa ein. Auf europäischer Ebene treten wir für ein Seenotrettungsprogramm ein und werden unterdessen die zivilen, gemeinnützigen Rettungsorganisationen stärken. Statt des bisherigen Dublin-Systems fordern wir ein faires Verteilungssystem für Schutzsuchende. Der EU-Türkei-Deal darf keine Blaupause für neue Abkommen mit Staaten in Afrika und dem Nahen Osten sein. Das Recht auf Asyl ist ein Grundrecht und Kernbestandteil einer menschenrechtsorientierten Gesellschaft. Dieses humanitäre Grundrecht ist für uns GRÜNE nicht verhandelbar.

Wir setzen uns für einen bundesweiten Abschiebestopp nach Afghanistan ein. Auch Beschränkungen beim Familiennachzug erteilen wir eine klare Absage. Der uneingeschränkte Zugang zu einem fairen Asylrechtsverfahren muss garantiert sein. Wir halten an der Forderung nach der Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes fest. Die Diskussionen um eine Wohnsitzauflage halten wir, ebenso wie die Kommunen, für falsch. Sie hindert Geflüchtete an dem Zugang zu guter Bildung und Arbeit.

**Antwort 2:** Unser Ziel ist ein Europa als einheitlicher Schutzraum mit legalen und sicheren Zugangsmöglichkeiten, etwa durch Kontingente der EU bei der Aufnahme von Geflüchteten. Wir wollen beispielsweise im Rahmen eines großzügig angelegten Resettlementprogramms Menschen einen sicheren Weg eröffnen.

Der faire Anteil Deutschlands sollte sich an dem vom UNHCR errechneten Bedarf zur Aufnahme ausrichten. Dieses soll auch Familienzusammenhänge berücksichtigen, die Anzahl bereits aufgenommener Menschen anrechnen sowie finanzielle Ausgleichszahlungen jener Länder, die sich anteilig nicht gleichermaßen an der Aufnahme von Geflüchteten beteiligen, vorsehen.

Auf Bundesebene setzen wir uns für ein modernes und transparentes Einwanderungsgesetz ein, das nicht nur auf ökonomische Interessen ausgerichtet ist. Die Einreise soll dabei auch ohne vorherige Deutschkenntnisse möglich sein.

**Antwort 3:** Die beste Flüchtlingspolitik ist und bleibt diejenige, die Menschen davor bewahrt, ihre Heimat verlassen zu müssen. Eine Politik, die daran arbeitet, die strukturellen Ursachen der Zerstörung von Lebensgrundlagen zu beheben. Auf Bundesebene wollen wir Rüstungsexporte in Krisengebiete und an Staaten mit hochproblematischer Menschenrechtslage stoppen. Anstelle von mehr Ausgaben für militärische Verteidigung treten wir für mehr Intentionen in zivile Krisenprävention ein.

Wir setzen uns für eine kohärente internationale Politik ein und fordern strukturelle Reformen in Bereichen wie Handel, Landwirtschaft, Energie, Fischerei, Außenpolitik und Klimaschutz, wie sie die nachhaltigen Entwicklungsziele vorgeben. Wir werden die ärmsten Staaten bei der Anpassung an Klimaveränderungen entschieden unterstützen. Und wir brauchen eine faire Handelspolitik.

In Niedersachsen hat die rot-grüne Landesregierung erstmals mit dem Haushalt 2017/18 zwei Mio. Euro zur Fluchtursachenbekämpfung eingesetzt und ist in einen intensiven Dialog mit zivilgesellschaftlichen Organisationen eingetreten, wie auch ein Bundesland sich bei diesem Thema einbringen kann. Unter anderem werden Projekte zum Ausbau erneuerbarer Energie und Energienetze in der südafrikanischen Partnerregion Niedersachsens und zur Gesundheitsversorgung im Nordirak gefördert. Diese Arbeit wollen wir verstetigen und fortsetzen.

## CDU

**Antwort 1:** Deutschland hat in den vergangenen Jahren eine Vorreiterrolle bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus Kriegs- und Konfliktregionen übernommen. In europäischer Solidarität wurden dabei die Bestimmungen des Dublin-Übereinkommens vorübergehend ausgesetzt.

Nach ihrer Ankunft in Deutschland durchlaufen Asylbewerber das deutsche Asylverfahren. Nach dem Abschluss des Anerkennungsverfahrens und etwaiger gerichtlicher Verfahren steht fest, ob ein Asylbewerber tatsächlich einen Anspruch auf Asyl hat. Die weltweiten Vergleichszahlen zeigen, dass Deutschland überaus großzügig bei der Gewährung von Asyl ist.

Angesichts der weltweit über 65 Mio. Menschen auf der Flucht müssen alle Länder auf der Welt ihren Beitrag leisten und muss insbesondere stärker auf die menschenwürdige Aufnahme nahe der Heimat hingewirkt werden.

**Antwort 2:** Das deutsche Einwanderungsrecht ist laut OECD eines der liberalsten der Welt und zwar nicht nur hinsichtlich der Aufnahme von Flüchtlingen angeht. Bürgerinnen und Bürgern von EU-Mitgliedsstaaten ist die Zuwanderung nahezu ohne Einschränkungen möglich.

Hinzu kommt die großzügige Aufnahme von jungen Menschen für eine Ausbildung oder ein Studium. Auch wurden über die sogenannte Blaue Karte die Möglichkeiten zur Zuwanderung zur Arbeitsaufnahme deutlich verbessert.

Eine Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme lehnen wir ab. Mit einer klug gesteuerten und begrenzten Einwanderungspolitik für Fachkräfte unterstützen wir die Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland und verringern spürbar die Attraktivität von illegaler Einwanderung und Migration. Fest steht für uns aber auch, dass die geltenden Regelungen unübersichtlich und kompliziert sind. Den rechtlichen Rahmen wollen wir daher in Form eines Zuwanderungsgesetzes schaffen.

**Antwort 3:** Die Bekämpfung von Fluchtursachen ist aus Sicht der CDU am besten geeignet, neue Fluchtbewegungen zu vermeiden. Zahllose Todesfälle in der Sahara sowie während der gefährlichen Überfahrt über das Mittelmeer in häufig kaum seetüchtigen Booten stehen für die Gefährlichkeit der Flucht und die Hoffnungslosigkeit der Menschen, die in der Erwartung besserer Perspektiven in Europa und vor allem Deutschland sich auf diese gefährlichen Wege machen.

Deutschland hat seine Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit seit 2005 von 3,9 Milliarden auf 8,5 Milliarden in diesem Jahr mehr als verdoppelt. Ein beachtlicher Teil dieser Mittel wird zur Fluchtursachenbekämpfung eingesetzt und trägt dazu bei, dass Menschen in ihrer angestammten Heimatregion bleiben können. Unsere besonderen Bemühungen gelten dem Kontinent Afrika. Viele afrikanische Länder gehören zu den ärmsten der Welt. Überbevölkerung und Korruption machen oftmals alle Anstrengungen zur Besserung der Lage wieder zunichte. Afrika benötigt Hilfe gegen Hunger, Unterstützung für berufliche Bildung, insbesondere von Frauen, Schutz gegen Klimawandel, für den Aufbau von Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit und vieles mehr. Mit einigen Ländern Afrikas arbeiten wir in Form von Migrationspartnerschaften zusammen.

Allerdings ist zunehmend festzustellen, dass sich die irreguläre Migration von der Flucht der Ärmsten zu einer Flucht der Leistungsträger wandelt – paradoxerweise aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in Teilen Afrikas. Nur letztere sind in der Lage, Schlepper und Schleuser zu bezahlen. Die Voraussetzungen zur humanitären Migration und zur Migration aus wirtschaftlichen Gründen müssen daher klar eingehalten werden und müssen Schleuserbanden bekämpft werden. Das sind wir insbesondere den vielen Frauen schuldig, die von Schleppern und Menschenhändlern teilweise misshandelt oder sexuell ausgebeutet werden.

## FDP

**Antwort 1:** Das Grundrecht auf Asyl für individuell politisch Verfolgte ist für uns unantastbar. Wir lehnen deshalb auch jede Form von festgelegten Obergrenzen bei der Gewährung von Asyl klar ab. Eine solche Obergrenze würde dem Grundgesetz widersprechen. Für Kriegsflüchtlinge wollen wir einen eigenen Status schaffen, einen vorübergehenden humanitären Schutz, der auch die Dauer des Krieges begrenzt ist. Nach Identitätsfeststellung soll dieser Status unkompliziert verliehen und damit das Asylsystem massiv entlastet werden. Kriegsflüchtlinge sollen dabei nach Beendigung des Krieges in der Regel in ihr Heimatland zurückkehren. Wir Freie Demokraten wollen einen fairen Schlüssel für die Verteilung von Flüchtlingen in Europa durchsetzen. Um die Flücht-

lingskrise zu meistern, brauchen wir die Beteiligung aller EU-Mitgliedstaaten. Deswegen fordern wir, die Dublin-III-Verordnung durch einen fairen Verteilungsschlüssel zu ersetzen. Flüchtlinge mit Bleibeperspektive müssen nach verbindlichen Quoten verteilt werden. Zur Berechnung der Quoten sind Bevölkerungsstärken und Wirtschaft eines Landes maßgeblich. Bei der individuellen Entscheidung müssen auch Kriterien wie familiäre Bindung oder Sprachkenntnisse berücksichtigt werden. Länder, die sich dieser Art der Solidarität verweigern, sollen in einen Fonds einzahlen müssen. Der Fonds soll wiederum Aufnahme- und Grenzstaaten außerhalb der EU bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise finanziell unterstützen.

**Antwort 2:** Ja. Wir Freie Demokraten wollen ein geordnetes Einwanderungsrecht schaffen, das nach Möglichkeit in einem Einwanderungsgesetzbuch zusammengefasst wird. Dabei muss zwischen individuell politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingen und dauerhaften Einwanderern klar unterscheiden werden.

**Antwort 3:** Es ist entscheidend, dass Konflikte, Armut, Hunger und fehlende Rechtsstaatlichkeit vor Ort bekämpft werden. Oberste Priorität hat die Beilegung von bewaffneten Konflikten. Dies kann nur im Rahmen einer europäisch abgestimmten, effektiven und wirksamen Entwicklungsarbeit gelingen. Um Menschen die lebensgefährliche Flucht zu ersparen, möchten wir es ermöglichen Asylanträge bereits im Ausland zu stellen.

### Erwartungen des VEN an die neue Landesregierung:

Der VEN erwartet von der neuen Landesregierung, sich für legale Einwanderung und sichere Fluchtwege einzusetzen. Er fordert, jegliche Form von Rüstungsexportförderung aus Niedersachsen zu stoppen. Die neue Landesregierung sollte den Ausbau erneuerbarer Energien und nachhaltiger Ressourcennutzung vorantreiben und in den Ländern des Südens durch Know-How- und Technologietransfer unterstützen. Zudem sollte sie sich auf Bundesebene für eine Entwicklungspolitik einsetzen, die Wertschöpfung und nachhaltige Produktion in Ländern des Globalen Südens stärkt. Schließlich gilt es, Zusammenhänge von globaler Ungleichheit und damit die Ursachen von Flucht in der öffentlichen Diskussion zu verdeutlichen sowie Rassismus und Diskriminierungstendenzen entgegenzuwirken.